

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin
Claudia Jacob

TOP 31 – Landanschluss für Schiffe –
externe Stromversorgung in Häfen

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Dazu sagt der verkehrspolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Detlef Matthiessen

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 597.06 / 30.11.06

Schiffe an die Steckdose!

In Kiel machen die großen Fährschiffe und Kreuzfahrtschiffe in der Innenförde fest und liegen so direkt in der Innenstadt. Diese Schiffe hautnah zu erleben ist eine große Attraktion für Touristen und Innenstadtgäste. Allerdings erzeugt die Stromerzeugung durch die bordeigenen Dieselmotoren schwarze Abgasfahnen mit hohen Schadstoffmengen. Das wiederum verringert die Attraktivität der Innenstadt und der Innenförde. Darum fordern wir: Schiffe an die Steckdose!

Die Einrichtung von Landstromanschlüssen kann zu einer Win-Win-Situation führen. Die Schadstofffrachten unterbleiben, die Häfen sind sauber, die jeweiligen Stadtwerke haben einen zusätzlichen Stromabsatz und die Fährschiffe senken die Energiekosten. Erfahrungen dazu liegen vor aus Göteborg, Zeebrügge und Los Angeles. Und am Beispiel Lübeck lässt sich nachrechnen: Strom der Stadtwerke kostet 13 ct/kwh, der Strom erzeugt durch Hilfsdiesel an Bord kostet 18 ct/kwh.

Der Schadstoffausstoß während der Liegezeiten in den Häfen ist nicht nur ein Lübecker und Kieler Problem, sondern ein Problem aller Häfen europa- und weltweit. In Lübeck hat man das Vorhaben, hafensituelle Schiffe mit Landstrom zu versorgen, in Angriff genommen. Im Rahmen eines EU-Projektes haben sich die Stadtwerke Lübeck mit Herrn Ralf Giercke in ganz herausragender Weise engagiert. Ausgangspunkt war die Verschlechterung der Luftverhältnisse in Travemünde durch die Zunahmen des Schiffsverkehrs. Diesem Lübecker Ortsteil drohte der Heilbad-Status verloren zu gehen. Zu recht, wenn die BesucherInnen die Schadstofffrachten der Dieselmotoren aus den Schornsteinen quellen sehen.

In einem Forschungsvorhaben zur Umsetzung der Agenda 21 in deutschen Seehäfen am Beispiel Lübeck-Travemünde, finanziert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wurde die dortige Emissionssituation ermittelt und Reduktionspotenziale durch den Landstromanschluss analysiert. Die Ergebnisse dieser Studie führten zu verstärkten Aktivitäten in einer Reihe von Ostseehäfen, um Landstromanschlüsse vorzuhalten. In Lübeck wird an der Einrichtung des ersten Anschlusses gearbeitet, Europaminister Uwe Döring hat eine Landesförderung in Aussicht gestellt.

Am 30. September 2005 kam es in Turku zur Unterzeichnung des Memorandum of Understanding (MoU) on Sustainable Port and Maritime Policy in the Baltic Sea durch 18 Ostseehäfen. Weitere Häfen werden darin aufgefordert, sich dem Memorandum anzuschließen. Kerngedanke dieser von der EU finanzierten Kooperation ist die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Reduzierung von Emissionen, Abwasser und Müll in den Ostseehäfen.

Die Schiffsemissionen auf See und in den Häfen müssen verringert werden. Schiffe sind Hauptverursacher giftiger Emissionen wie Stick- oder Schwefeloxide. In Hafenstädten verursachen Schiffe 75 bzw. 90 Prozent der Belastung mit diesen Gasen. Bereits jetzt werden rund 95 Prozent des interkontinentalen Warenaustausches über See abgewickelt. Die Hafenumschlagszahlen steigen. Wir wollen auch weiter Güterverkehre von der Straße verlagern, also from road to sea, aber der Seeverkehr muss umweltfreundlicher werden. Deshalb müssen Schiffe an die Steckdose.

Mit der sogenannten Landanschlussversorgung werden Schiffe im Hafen während ihrer Liegezeit mit Landstrom versorgt. Bei Versuchen wurden die Emissionen dabei drastisch verringert: Schwefeloxide um 70 Prozent, Stickoxide um 77 Prozent, Benzol Emissionen um 75 Prozent und Feinstaub um 63 Prozent.

Auch müssen die Grenzwerte für Schwefel im Kraftstoff noch weiter verringert werden als es bereits durch das von der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) erarbeitete Übereinkommen zur Senkung der Luftverunreinigung gelungen ist. Durch dieses Übereinkommen gilt künftig EU-weit für den Seeverkehr ein allgemeiner Grenzwert von 4,5 Prozent Schwefel-Gehalt im Kraftstoff. Für Sondergebiete wie Nord- und Ostsee ist der Schwefelanteil seit Mai 2006 auf 1,5 Prozent begrenzt. Wichtig wird sein, einheitliche Standard für die Schiffe zu finden, für Steckersysteme und die Stromspannung.

Mit dem Grünen Landtagsantrag fordern wir eine Bundesratsinitiative für eine Förderung von Landstromanschlüssen. Daneben sollte die Landesregierung den Prozess zentral unterstützen und koordinierend begleiten. Die Schifffahrt und die schleswig-holsteinische Hafenwirtschaft und nicht zuletzt die Umwelt werden davon profitieren.
